

Antrag /**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der/Die Landespartei tag möge beschließen:****Der/Die Bundespartei tag möge beschließen:****Parlamente paritätisch mit Frauen und Männern besetzen**

1 Die Landtags- und Bundestagsfraktionen sowie die SPD-
2 Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die
3 Landes- und Bundespartei mögen sich dafür einsetzen,
4 dass eine paritätische Besetzung der Parlamente mit
5 Männern und Frauen sichergestellt wird.

6

7 Begründung

8 Wir brauchen ein starkes Europa, damit sich Frieden, Frei-
9 heit, Solidarität und Demokratie in der Europäischen Uni-
10 on entfalten können. In den letzten Jahren haben sich
11 in vielen Mitgliedsstaaten Nationalismus verbunden mit
12 rückwärtsgewandtem Rollenverständnis in Politik und
13 Gesellschaft ausgeweitet. Dieser Rechtsruck gefährdet ein
14 friedliches, solidarisches Miteinander und demokratische
15 Strukturen. Besonders betroffen sind von diesem Trend
16 die 262 Millionen Frauen, die in den Mitgliedsstaaten le-
17 ben und mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus-
18 machen. Sie sind in vielen Mitgliedsstaaten nicht gleich-
19 berechtigt auf politischen Gestaltungsebenen vertreten.
20 Deshalb ist es wichtig, das Wahlrecht für die einzelnen
21 Ebenen so zu verändern, dass geschlechterparitätisch be-
22 setzte Parlamente in den Mitgliedstaaten und im EU-
23 Parlament realisiert werden.

24

25 In Deutschland gibt es kein einziges Landesparlament,
26 in dem Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten
27 sind. Den höchsten Frauenanteil hat Thüringen mit knapp
28 41 Prozent, den niedrigsten Sachsen-Anhalt mit knapp 25
29 Prozent. Im Berliner Abgeordnetenhaus beträgt der Frau-
30 enanteil gut 33 Prozent. Es besteht also auch auf natio-
31 naler Ebene ein dringender Handlungsbedarf. Eine Wahl-
32 rechtsreform mit dem Ziel einer paritätischen Besetzung
33 mit Männern und Frauen ist überfällig. Bereits vor 100 Jah-
34 ren wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht erstritten.
35 Im Grundgesetz wurde schon 1949 Gleichberechtigung
36 der Geschlechter als Staatsziel formuliert. 1994 wurde der
37 Grundgesetzartikel 3.2 dahingehend verschärft, dass dem
38 Staat ausdrücklich die Verantwortung für die Durchset-
39 zung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
40 zugesprochen wurde. Wir sollten den 100jährigen Ge-
41 burtstag des Frauenwahlrechts nutzen, um entsprechen-
42 de Wahlrechtsreformen auf den Weg zu bringen.